

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereramt

Rechnungsabschluss 2006
hier: Rechenschaftsbericht 2006

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 19. November 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	24.10.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	15.11.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Rechenschaftsbericht 2006 zur Kenntnis.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.10.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2007

Ergebnis: Kenntnis genommen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Der Rechenschaftsbericht erläutert das Ergebnis des Haushaltsjahres 2006 insgesamt und für die einzelnen Fachbereiche. Es handelt sich um nachträgliche, gesetzlich vorgeschriebene Informationen, die das bereits abgelaufene Haushaltsjahr 2006 betreffen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)



II. Begründung:

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung ist die Jahresrechnung innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres vom Gemeinderat festzustellen. Das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Jahres 2006 und die Entwicklung des Vermögens und der Schulden sind im Rechenschaftsbericht 2006 dargestellt und ausführlich erläutert.

Da Grundvoraussetzung für die Dezentrale Ressourcenverantwortung die Vereinbarung von strategischen und operationalen Leistungszielen und eines Finanzziels (Budget) ist, hat die Verwaltung auch im Rahmen des Haushalts 2006 dem Gemeinderat für alle Amtsbereiche Zielvereinbarungen vorgelegt. Auf Basis dieser Zielvereinbarungen haben die Ämter Jahresberichte erstellt, die dem Rechenschaftsbericht beigefügt sind.

I. Allgemeines

Die Planungen für das Haushaltsjahr basierten aufgrund der erstmaligen Aufstellung eines Doppelhaushalts 2005/2006 auf den Daten des Haushaltserlasses 2005 vom November 2004. Mit Veröffentlichung des Haushaltserlasses 2006 durch das Land wurden unsere Annahmen weitestgehend bestätigt. Im Dezember 2005 konnten wir daher davon ausgehen, dass die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt bei rund 8,9 Mio. € (planmäßig 8,8 Mio. €) liegen wird. Die Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplans für 2006 war daher Stand Dezember 2005 nicht erforderlich.

Wie bereits die Haushalte der Vorjahre enthielt auch der Haushaltsplan 2006 eine Haushaltssperre zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich unerwarteter Haushaltsbelastungen. Die Haushaltssperre betrug 1,0 Mio. € und betraf sowohl den Bereich der Personal- als auch der Sachausgaben.

Im Rahmen der Bewirtschaftung war zudem eine Globale Minderausgabe in Höhe von 1 Mio. € (Aufteilung: 20 % Personalausgaben, 80 % Sachausgaben Gruppierungen 50-66) umzusetzen.

Bei der ersten Prognose im Frühjahr 2006 musste von Mindereinnahmen von netto rund 4 Mio. € ausgegangen werden. Dieser Betrag setzte sich zusammen aus Mindereinnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie in den Gebührenbereichen, die aber teilweise kompensiert wurden durch Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen. Diesen netto rund 4 Mio. € Mindereinnahmen standen prognostizierte Minderausgaben in etwa gleicher Höhe gegenüber (insbesondere bei der Gewerbesteuerumlage, bei den Leistungen des Amtes für Soziales und Senioren und bei den Zahlungen an den Abwasserzweckverband). Daher gingen wir davon aus, die planmäßige Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt erreichen zu können.

Im weiteren Verlauf des Jahres verbesserte sich die Situation; der bundesweite positive Trend zeigte, allerdings nur in abgeschwächter Form, auch in Heidelberg Wirkung, so dass der Ansatz bei der Gewerbesteuer erstmals seit Jahren überschritten wurde (+2,3 Mio. €).

Infolge der in diesem Umfang nicht vorhersehbaren bundesweit positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurden die Eckdaten für die Berechnung der **Schlüsselzuweisungen vom Land** aus dem Haushaltserlass deutlich übertroffen. Dank der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen konnte das Land z.B. den Grundkopfbetrag je Einwohner von ursprünglich 729 € auf 754 € erhöhen. In Heidelberg führte dies zu Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes von ca. 11,8 Mio. €.

Durch die großen gesetzlichen Veränderungen zum 01.01.2005 bei den Leistungen der Sozialhilfe (Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und Übertragung der Aufgaben auf die Stadt- und Landkreise sowie Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Hartz IV) waren auch die Haushaltsansätze mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Im Ergebnis wurden die Ansätze in diesem Bereich um 2,8 Mio. € unterschritten – insbesondere bei der vom Landeswohlfahrtsverband übernommenen Eingliederungshilfe.

Insgesamt schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Einnahmeüberschuss von 31,2 Mio. € ab. Mit diesem sehr erfreulichen Ergebnis wurde nicht nur die gesetzliche Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten von 2,2 Mio. €, sondern auch die planmäßig veranschlagte Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt deutlich übertroffen. Auf die Umsetzung von Haushaltssperren konnte daher verzichtet werden. Ausschlaggebend für dieses positive Ergebnis war einerseits die insgesamt erfreuliche Entwicklung auf der Einnahmenseite, andererseits eine sparsame Mittelbewirtschaftung der Ausgaben. Hinzu kommt eine einmalige Verbesserung der Zuführung durch den Umstieg auf das Neue Kommunale Rechnungswesen ab 2007. Die Einsparungen der Ämter bzw. die Haushaltsreste konnten aus systemtechnischen Gründen nicht übertragen werden. Zum Ausgleich wurden diese Mittel teilweise im Doppelhaushalt 2007/2008 zusätzlich veranschlagt bzw. die Budgets entsprechend erhöht.

II. Verwaltungshaushalt

1. Steuern, allgemeine Zuweisungen

+ 17,5 Mio. €

Zur Jahresmitte noch deutlich negativer eingeschätzt entwickelten sich die Einnahmen aus der **Gewerbesteuer** doch noch positiv. Erstmals seit Jahren lag das Ergebnis knapp über dem Planansatz (+2,3 Mio. €).

Mit dem Haushaltserlass wurde der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** auf 3,3 Mrd. € geschätzt. In der Endabrechnung wurde diese Prognose mit 3,57 Mrd. € deutlich übertroffen; das Heidelberger Ergebnis lag somit um 1,3 Mio. € über dem Ansatz.

Die Eckdaten für die Berechnung der **Schlüsselzuweisungen vom Land** aus dem Haushaltserlass wurden deutlich übertroffen. Infolge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnte das Land z.B. den Grundkopfbetrag je Einwohner von ursprünglich 729 € auf 754 € erhöhen – den Ansätzen für 2006 lag ein Grundkopfbetrag von 715 € aus dem Haushaltserlass 2004 zugrunde. In Heidelberg führte dies zu Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes von ca. 11,8 Mio. €.

Mehreinnahmen in Höhe von 1,6 Mio. € gingen bei der **Grunderwerbsteuer** ein.

2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Gruppierung 1)	+ 2,8 Mio. €
--	---------------------

Wesentliche Ursache für die Mindereinnahmen bei **Gebühren und ähnlichen Entgelten** in Höhe von 1,5 Mio. € waren die Abwasser- und Bestattungsgebühren.

Die Mindereinnahmen werden insgesamt mehr als ausgeglichen durch Mehreinnahmen (+3,6 Mio. €) bei den **Erstattungen und Verrechnungen sowie den Zuweisungen und Zuschüssen**. Im Einzelnen führten unter anderem die Erstattungen vom Land im Zusammenhang mit Leistungen nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz und Mehreinnahmen im Soziallastenausgleich zu diesem Ergebnis.

Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften bei dem Personenkreis der Arbeitssuchenden (Hartz IV) führte nicht nur zu höheren Kosten der Unterkunft, sondern zwangsläufig auch zu höheren Erstattungen des Bundes, der sich mit 29,1% an den Kosten beteiligt (+0,5 Mio. €).

3. Sonstige Finanzeinnahmen (Gruppierung 2)	+ 11,4 Mio. €
--	----------------------

Die Mehreinnahmen entstanden überwiegend (+ 8,6 Mio. €) durch die Buchung der **Budgetabschlüsse** der einzelnen Ämter. Durch die Umstellung auf die Kommunale Doppik zum 01.01.2007 konnten die in 2006 entstandenen Fehlbeträge nicht gebucht werden. Im Ergebnis ist nur die Vereinnahmung der positiven Überträge aus 2005 enthalten.

Mehreinnahmen sind ebenfalls bei den **Kalkulatorischen Einnahmen** (+ 1,2 Mio. €) zu verzeichnen. Die Schließung der Müllsauganlage Altstadt führte zu einer Sonderabschreibung, die – da in der Kameralistik die Abschreibungen haushaltsneutral sind – gleichermaßen auf der Einnahmenseite wie auch auf der Ausgabenseite zu buchen war.

Erstattungsansprüche bei der **Gewerbsteuer** (+1,6 Mio. €) trugen ebenfalls zu dem positiven Ergebnis bei den Sonstigen Finanzeinnahmen bei.

4. Personalausgaben (Gruppierung 4)	+3,7 Mio. €
--	--------------------

Die Überschreitung des Planansatzes in Höhe von 3,7 Mio. € hängt ausschließlich mit der Umstellung auf die Kommunale Doppik zum 01.01.2007 zusammen. Aufgrund des in der Doppik nicht mehr vorgesehenen abweichenden Wirtschaftsjahres (Theater und Orchester) hat der Gemeinderat am 12.10.2006 hierfür überplanmäßige Mittel in Höhe von 4,33 Mio. € bereitgestellt, wovon allerdings tatsächlich nur 4,13 Mio. € benötigt wurden. Bei Bereinigung um diese einmaligen Zusatzkosten verbleibt ein Ergebnis von 108,57 Mio. € und somit eine Unterschreitung des Planansatzes in Höhe von rund 430T €, die im wesentlichen durch die Folgen der Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Februar/März 2006 ermöglicht wurde. Damit konnte auch die geltende Bewirtschaftungseinschränkung (Globale Minderausgabe) in Höhe von rund 245T € erwirtschaftet werden.

5. Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 5 u. 6)	+9,3 Mio. €
--	--------------------

Die Mehrausgaben entstanden einerseits im Bereich der **Gebäudeunterhaltung**. Hauptursachen hierfür waren die verstärkte Abrechnung von externen Aufträgen noch in 2006, um den alten Mehrwertsteuersatz von 16% in Anspruch nehmen zu können, sowie die vollständige Abrechnung von internen Aufträgen zur Vermeidung von Überhängen im Hinblick auf die Umstellung auf die Kommunale Doppik zum 01.01.2007.

Mehrausgaben entstanden andererseits in den Bereichen **Abfallwirtschaft** (Einführung der Pa-piertonne, höhere Kosten für die Fremdbeseitigung), für den **Heidelberger Frühling** und beim **Theater/Orchester** (Erläuterungen hierzu siehe Personalausgaben).

Die Schließung der Müllsauganlage Altstadt führte zu einer Sonderabschreibung und damit zu einer Erhöhung der **kalkulatorischen Kosten** (siehe hierzu Erläuterungen bei den Sonstigen Finanzeinnahmen). Die Umstellung der Abrechnung der Personal- und Sachkosten mit dem Job-Center Heidelberg von netto auf brutto sowie Nachzahlungen für 2005 und der Ausgleich der Sonderrechnung Bahnstadt führten bei den **Erstattungen/ Verrechnungen** zu weiteren Mehrausgaben.

Ein Anstieg der Bedarfsgemeinschaften beim Personenkreis der Arbeitssuchenden (Hartz IV) führte schließlich bei den **Kosten der Unterkunft** zu Mehrausgaben. Ein Teil dieser Mehraufwendungen wurde vom Bund übernommen.

6. Zuweisungen und Zuschüsse (Gruppierung 7)	- 2,8 Mio. €
---	---------------------

Die Aufwendungen der **Sozialhilfe** blieben im Ergebnis um insgesamt rund 2 Mio. € hinter den Ansätzen zurück. Einsparungen gab es dabei bei der vom Landeswohlfahrtsverband übernommenen **Eingliederungshilfe** sowie der verbleibenden Sozialhilfe. Der Einsatz des Instruments der Hilfeplanung führte hier zu entsprechenden Entlastungen.

Rückläufig waren ebenso die **Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge** infolge eines Rückgangs der Fallzahlen.

Mehraufwendungen ergaben sich bei der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen**; gestiegene Fallzahlen sowie der Wegfall des Wohngeldes führten zu diesem Ergebnis.

Die Aufwendungen im Bereich der **Jugendhilfe** blieben mit 1,4 Mio. € deutlich unter den Ansätzen. Durch den Ausbau und die verstärkte und zielgerichtete Nutzung präventiver Strukturangebote konnten die Ausgaben für kostenintensive Individualhilfen reduziert werden.

7. Sonstige Finanzausgaben (Gruppierung 8)	+ 21,5 Mio. €
---	----------------------

Durch die Umstellung auf die Kommunale Doppik zum 01.01.2007 konnten die in 2006 entstandenen positiven **Budgetergebnisse** nicht gebucht werden. Im Ergebnis ist nur die Verbuchung der Fehlbeträge aus 2005 enthalten.

Insbesondere wegen der positiven Entwicklungen im letzten Quartal 2006 konnte eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** in Höhe von 31,2 Mio. € gebucht werden. Mit diesem erfreulichen Ergebnis wurde nicht nur die Mindestzuführung (2,2 Mio. €), sondern auch die planmäßig veranschlagte Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt (8,8 Mio. €) deutlich übertroffen.

III. Vermögenshaushalt

1. Einnahmen (Gruppierung 3)	- 27,2 Mio. €
-------------------------------------	----------------------

Mehreinnahmen entstanden durch die höhere **Zuführung vom Verwaltungshaushalt** (+ 22,4 Mio. €).

Geringere Einnahmen als geplant waren vor allem bei den **Erlösen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens** (- 13,5 Mio. €) zu verzeichnen und hier insbesondere bei Grundstücken, da geplante größere Verkäufe nicht vollzogen werden konnten.

Kredite für Investitionen wurden in Höhe von 10,0 Mio. € neu aufgenommen. Hierfür stand aus dem Vorjahr ein Haushaltseinnahmerest von 17 Mio. € zur Verfügung. Die Bildung eines Haushaltseinnahmerestes nach 2007 war aufgrund der Umstellung auf die Kommunale Doppik nicht möglich. **Kredite für Umschuldungen** wurden im Umfang von 5,3 Mio. € getätigt. Damit liegen die Kreditaufnahmen insgesamt um 35,2 Mio. € unter dem Planansatz.

2. Ausgaben (Gruppierung 9)	- 27,2 Mio. €
------------------------------------	----------------------

Das positive Ergebnis im Vermögenshaushalt ermöglichte es, der **Allgemeinen Rücklage** 9,1 Mio. € statt der geplanten 2,2 Mio. € zuzuführen (+6,9 Mio. €). Die zugeführten Mittel sollen teilweise gemäß Beschluss des Gemeinderats im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung zur Finanzierung wichtiger struktureller Aufgaben genutzt werden (Zukunftsfonds). Wie geplant wurden diesem Fonds in 2006 4,2 Mio. € zugeführt.

Zum 31.12.2006 betrug der Bestand der Allgemeinen Rücklage 25,402 Mio. € und lag somit rund 17,335 Mio. € über der Pflichtrücklage nach § 20 Absatz 3 GemHVO (rund 8,1 Mio. €).

Da im Berichtsjahr keine größeren Ankäufe getätigt wurden, blieb das Ergebnis des **Vermögenserwerbs – Grundstücke** – um 6,3 Mio. € unter dem Ansatz im Haushaltsplan.

Für **Baumaßnahmen** wurden 24,8 Mio. € weniger verausgabt als geplant. Zu deutlichen Minderungen kam es bei den Maßnahmen „Altes Hallenbad“, „Bahnstadt“, den Straßenbaumaßnahmen „B3 Brückenstraße bis Hans-Thoma-Platz“, „Rohrbacher Straße“ und „Kreuzung Rohrbach-Markt“ sowie der Erschließung der Baugebiete „Im Bieth“ und „Schollengewann“. Darüber hinaus ließ die Einführung der Kommunalen Doppik keine Haushaltsreste mehr zu.

Ausgaben in Höhe von insgesamt 7,6 Mio. €, 2,7 Mio. € weniger als geplant, fielen für ordentliche **Tilgungen** und **Umschuldungen** an. Der Schuldenstand zum 31.12.2006 beträgt aufgrund der geringeren Kreditaufnahmen 140,0 Mio. €. Daraus errechnet sich ein Schuldenstand von 971 € je Einwohner (Plan 2006: 1.160 €/Einwohner).

gez.

Dr. Eckart Würzner

Anlage zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Rechenschaftsbericht 2006